



An den Grossen Rat

25.5275.02

WSU/P255275

Basel, 13. August 2025

Regierungsratsbeschluss vom 12. August 2025

Interpellation Nr. 74 Béla Bartha betreffend PFAS im Trinkwasser rund um den EuroAirport

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 4. Juni 2025)

„Zurecht sind die Menschen im Elsass empört. Seit einem Monat wissen sie, dass ihr Trinkwasser so stark mit PFAS belastet ist, dass die Behörden vor dessen Gebrauch eindringlich warnen. Auch in Grenzach-Wyhlen wurden bereits PFAS im Grundwasser entdeckt. In beiden Fällen stammen die PFAS wohl zur Hauptsache aus dem Löschschaum von Feuerwehreinsätzen und -Übungen. Während die Feuerwehr in Grenzach für den Ernstfall ausrücken musste und PFAS-haltiges Löschwasser zum Einsatz kam, wurde auf dem EuroAirport PFAS-haltiger Löschschaum vor allem für Löschübungen eingesetzt.

Schon seit Jahren wird auf Europäischer Ebene um ein Verbot von PFAS-haltigen Löschschäumen gerungen und dieses soll nun auch gegen Ende 2026 in Kraft treten. Die Gefahr ist also schon seit langem bekannt. So müssen wir im Regionaljournal vom 26. Mai 2025 erfahren, dass die Behörden im Elsass schon 2023 u.a. die Gastronomie im Umfeld des EuroAirport angewiesen haben, kein Trinkwasser mehr auszuschenken. In der Zwischenzeit bis zum Mai 2025 hat die nichts ahnende Bevölkerung weiter PFAS-belastetes Hahnenwasser bezogen.

Statt durch die beunruhigenden Informationen aus der Nachbarschaft alarmiert zu sein, reden die Verantwortlichen in Basel-Stadt das Problem klein und verweisen darauf, dass die Quellen für das Trinkwasser des Kantons andere seien und daher keine Gefahr für die Bevölkerung in Basel-Stadt bestehe. Aber auch hier steigen die PFAS-Konzentrationen im Rhein- und Grundwasser kontinuierlich. Auch wenn sich diese noch nicht auf gesundheitsschädlichem Niveau befinden, so besteht auch hier die Gefahr, dass sich diese Ewigkeitschemikalien über längere Zeit im menschlichen Körper akkumulieren und dann gesundheitsschädigend wirken. Daher sollte allen klar sein, dass wir in Basel-Stadt nicht auf der Insel der Seligen leben und auch hier entschiedenes Handeln angesagt ist.

1. Wusste der Regierungsrat ebenfalls schon seit 2023 von der PFAS-Belastung des elsässischen Trinkwassers rund um den EuroAirport?
2. Falls ja, was wurde unternommen, um die Bevölkerung zu warnen?
3. Werden in der Berufs- und Milizfeuerwehr noch PFAS haltiger Löschschaum verwendet? Wenn ja – was unternimmt der Kanton, damit kein PFAS mehr ins Grundwasser gelangt?
4. Weshalb wurde der Gebrauch von PFAS-haltigem Löschschaum zu Übungszwecken nicht schon längst gestoppt?
5. BS profitiert stark vom EuroAirport und ist mit aktuell vier Vertreter/innen im Verwaltungsrat des EuroAirport vertreten. Mit welchen Mitteln will sich der Kanton an einer möglichen Hilfe der betroffenen Bevölkerung beteiligen?

6. Wie setzt sich BS dafür ein, dass der EuroAirport für die Verschmutzung des Trinkwassers Wiedergutmachung leistet?
7. Wie setzt sich der Regierungsrat beim Bund für eine PFAS-Regulierung im Sinne von Mensch und Umwelt ein?
8. Gemäss Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser (24.5147) würde auch mit den tieferen Grenzwerten das Basler Trinkwasser nur geringfügig belastet sein. Welche langfristigen Folgen ergeben sich für Mensch und Natur aus der langfristigen Belastung von Kleinstmengen PFAS?
Béla Bartha“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Vorbemerkung

Die Belastung von Trinkwasser mit per- und polyfluorinierten Alkylsubstanzen (PFAS) stellt weltweit eine zunehmende Herausforderung für die öffentliche Gesundheit dar. Diese synthetischen Chemikalien sind aufgrund ihrer hohen Stabilität und Beständigkeit gegen Abbau nahezu allgegenwärtig in der Umwelt und reichern sich in Gewässern und Böden an. PFAS gelten als potenziell gesundheitsschädlich, da sie mit verschiedenen negativen Effekten auf den menschlichen Organismus in Verbindung gebracht werden. Vor diesem Hintergrund wird im Kanton Basel-Stadt die PFAS-Situation kontinuierlich überwacht, um die Trinkwasserqualität sicherzustellen. In Basel ist das Trinkwasser derzeit nicht durch PFAS gefährdet. Umfassende Untersuchungen werden auch zum Vorkommen von PFAS im Grundwasser durchgeführt, um die Verbreitung dieser Schadstoffe zu erfassen und geeignete Schutzmassnahmen für das Grundwasser zu entwickeln.

2. Zu den Fragen im Einzelnen

1. *Wusste der Regierungsrat ebenfalls schon seit 2023 von der PFAS-Belastung des elsässischen Trinkwassers rund um den EuroAirport?*

Die ARS Grand Est (Agence Régionale de Santé Grand Est) führte im Mai und Juli 2023 eine erste Untersuchung zu PFAS im Trinkwasser der Region im Elsass durch, dies in Vorbereitung auf die ab dem 12. Januar 2026 in Frankreich geltende Überwachungspflicht mit einem Grenzwert von 0,1 µg/l für die Summe von 20 PFAS.

Bei dieser Untersuchung wurden im Trinkwasser in den Versorgungsgebieten in den elsässischen Gemeinden Saint-Louis sowie Bartenheim / Kembs / Rosenau Überschreitungen des künftigen Grenzwertes festgestellt. Betroffen sind rund 60'000 Einwohnerinnen und Einwohner in Frankreich. Da noch keine nationalen Vorgaben bestehen, wurden ergänzende Analysen durchgeführt und Ende 2023 die Trinkwasser-Konsumentinnen und -Konsumenten der betroffenen Gemeinden informiert. Ein Brunnen wurde geschlossen, die Wasserressourcen angepasst.

Ende 2023 wurde von den staatlichen Stellen Frankreichs ein Begleitausschuss eingerichtet, um einen Aktionsplan zur Senkung der Werte unter die Trinkwasserschwellenwerte zu erarbeiten. Seit dem 5. Mai 2025 gelten in den betroffenen elsässischen Gemeinden für besonders schutzbedürftige Personen Einschränkungen.

Der Verwaltungsrat des EuroAirport wurde am 27. März 2024 über die Angelegenheit informiert. Im Flughafenverwaltungsrat haben neben den Vertreterinnen und Vertretern des Kantons Basel-Stadt, des Kantons Basel-Landschaft und des Bundes auch Mitglieder der französischen staatlichen, regionalen und kommunalen Behörden Einsatz.

2. *Falls ja, was wurde unternommen, um die Bevölkerung zu warnen?*

Die betroffenen Gebiete liegen auf französischem Territorium. Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung ist deshalb in der Verantwortung der kommunalen und staatlichen Behörden Frankreichs. Diese haben entsprechend informiert. Der Kanton Basel-Stadt hat in dieser Angelegenheit weder eine Kompetenz noch eine Verpflichtung.

3. *Werden in der Berufs- und Milizfeuerwehr noch PFAS-haltiger Löschschaum verwendet? Wenn ja – was unternimmt der Kanton, damit kein PFAS mehr ins Grundwasser gelangt?*
4. *Weshalb wurde der Gebrauch von PFAS-haltigem Löschschaum zu Übungszwecken nicht schon längst gestoppt?*

Die Feuerwehr Basel-Stadt verwendet seit dem 1. Januar 2022 keine PFAS-haltigen Löschschaume mehr. Der letzte grosse Einsatz, bei welchem PFAS-haltiger Löschschaum eingesetzt wurde, war im Juli 2018. Beim Grossbrand in der Rheingasse im Juli 2019 wurde eine geringe Menge an PFAS-haltigem Löschschaum als Netzmittel eingesetzt.

Von der Flughafenfeuerwehr des EuroAirport werden bereits seit Januar 2017 keine PFAS-haltigen Löschschaume mehr eingesetzt, weder für Übungen noch im Ereignisfall. Der Übungsplatz der Flughafenfeuerwehr ist seit längerem auch gegenüber dem Untergrund abgedichtet, so dass eine Verunreinigung des Grundwassers verhindert wird.

Festzustellen ist, dass PFAS-haltige Löschschaume (AFFF, mit per- und polyfluorierten Alkylverbindungen) wegen ihrer hohen Wirksamkeit bei der Bekämpfung von Bränden mit brennbaren Flüssigkeiten wie Kerosin über Jahrzehnte weltweit auf Flughäfen zulässig eingesetzt wurden. Die Verwendung dieser AFFF-Schäume war im Rahmen der internationalen Regulierung im Luftfahrtbereich durch die ICAO (International Civil Aviation Organization) vorgeschrieben. Die ICAO hat ihre Standardvorgabe im Jahr 2023 angepasst und fluorfreie Löschschaume (ohne PFAS) für den Flughafeneinsatz generell zugelassen. Aufgrund der Problematik mit PFAS begann aber bereits in den Jahren 2010-2015 die Umstellung auf fluorfreie Löschschaume.

Vom Gesetzgeber in der Schweiz wurden bisher bestimmte (sehr langlebige und chemisch äusserst stabile) perfluorierte Verbindungen in Löschschaumen verboten. Die ersten Verbote für gewisse PFAS traten im Jahr 2012 in Kraft, die letzten im Jahr 2022. Da die noch verbleibenden PFAS aufgrund ihrer hohen Persistenz jedoch weiterhin das Grundwasser belasten, ist künftig mit weiteren Verbotsbestimmungen zu PFAS in Löschschaumen zu rechnen. Die zuständigen Bundesämter haben an einem Medienanlass am 18. Februar 2025 über die auf Bundesstufe laufenden Arbeiten – auch vor dem Hintergrund entsprechender Vorstösse im Bundesparlament – orientiert (vgl. https://www.bafu.admin.ch/dam/bafu/de/dokumente/chemikalien/dossiers/medienhintergrundgespraech-pfas.pdf.download.pdf/Medien-Hintergrundanlass_PFAS.pdf).

5. *BS profitiert stark vom EuroAirport und ist mit aktuell vier Vertreter/innen im Verwaltungsrat des EuroAirport vertreten. Mit welchen Mitteln will sich der Kanton an einer möglichen Hilfe der betroffenen Bevölkerung beteiligen?*

Dem Kanton Basel-Stadt kommt in dieser Angelegenheit, die ausserhalb seines Zuständigkeits- und Hoheitsgebietes liegt, keine Verpflichtung zu.

Insoweit die PFAS-Trinkwasserbelastungen in den elsässischen Gemeinden im Einzugsbereich des EuroAirport festgestellt wurden, engagiert sich der Flughafen aktiv in der Lösungsfindung, beispielsweise im Ende 2023 eingesetzten Lenkungsausschuss aus staatlichen Behörden, Kommunen und auch Anrainerverbänden, der die Thematik unter der Koordination des Sous-Préfecture von Mulhouse aufarbeitet. Der Flughafen will sich finanziell an der Bewältigung der Situation beteiligen.

6. Wie setzt sich BS dafür ein, dass der EuroAirport für die Verschmutzung des Trinkwassers Wiedergutmachung leistet?

Die Vertretung des Kantons im Verwaltungsrat des EuroAirport unterstützt, dass der Flughafen sich aktiv dabei einbringt und auch finanzielle Beiträge leisten wird, um die Problematik der PFAS-Belastung im Trinkwasser der elsässischen Gemeinden zu beseitigen.

7. Wie setzt sich der Regierungsrat beim Bund für eine PFAS-Regulierung im Sinne von Mensch und Umwelt ein?

Auf Bundesebene laufen derzeit verschiedene parlamentarische Aktivitäten zur Thematik, zu erwähnen sind insbesondere die bereits angenommene Motion Nr. 22.3929 Marianne Maret und das Postulat Nr. 22.4585 von Tiana Moser. Die Motion Maret verlangt PFAS-spezifische Grenzwerte in den Bereichen Abfällen, Boden, Altlasten und Einleitung in Gewässer. Das Postulat Moser fordert den Bundesrat auf, einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch PFAS zu prüfen. Eine Umsetzung der Motion Maret sowie des Postulats Moser wird nach Ansicht des Regierungsrats zur notwendigen PFAS-Regulierung führen. Der Regierungsrat unterstützt es sehr, wenn es durch den Bund bald verbindliche Grenzwerte in allen Bereichen gibt, wo PFAS vorkommen und eine Gefahr für die Gesundheit und die Umwelt darstellen.

8. Gemäss Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser (24.5147) würde auch mit den tieferen Grenzwerten das Basler Trinkwasser nur geringfügig belastet sein. Welche langfristigen Folgen ergeben sich für Mensch und Natur aus der langfristigen Belastung von Kleinstmengen PFAS?

Die im Lebensmittelrecht festgelegten Höchstwerte für PFAS bzw. deren Verschärfung entsprechen dem heutigen Stand der Kenntnisse über die toxikologischen Eigenschaften dieser Stoffgruppe. Bei einer Unterschreitung der Höchstwerte ist nicht mit langfristigen Gesundheitsfolgen zu rechnen. Solche Beeinträchtigungen werden bei der Festlegung der Höchstwerte grundsätzlich berücksichtigt. Das Trinkwasser im Kanton Basel-Stadt erfüllt die aktuellen gesetzlichen Anforderungen bei Weitem.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin